



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-12849 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 0117/730-II/4/94

Wien, am 9. März 1994

An den
Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

5860 /AB

1994 -03- 15

zu 5931 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat HOFER, KRAFT und Kollegen haben am 19.1.1993 unter der Nr. 5931/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "den Gendarmerie-Dienstpostenplan 1994 für Oberösterreich" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Stimmt es, daß für Oberösterreich lediglich 22 Dienstposten vorgesehen sind?
2. Wie vordringlich erscheint Ihnen angesichts der gestiegenen Kriminalität die Erhöhung der Anzahl von Gendarmen in Oberösterreich?
3. Wie gedenken Sie dem Mangel an Gendarmen in Oberösterreich entgegenzuwirken und somit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Ja. Dadurch erhöhte sich der systemisierte Personalstand des Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich mit 1. Jänner 1994 von 1979 auf 2001.

Zu Frage 2 und 3:

Grundsätzlich halte ich fest, daß die Erhöhung des Personalstandes der Exekutive ein besonderes Anliegen ist. Aufgrund der bundesweiten starken Belastung der Sicherheitsexekutive erscheint mir eine Erhöhung der Planstellenanzahl des Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich genauso vordringlich wie jene anderer Landesgendarmeriekommando-Bereiche.

Selbstverständlich wäre es mir am liebsten, wenn ich allen berechtigten Anliegen und Forderungen Rechnung tragen könnte, doch unterliegt auch mein Ressort den budgetären Beschränkungen des jeweiligen Bundesfinanzgesetzes.

Mir ist die Planstellenlage des Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich bekannt und ich darf darauf verweisen, daß sich das Bundesministerium für Inneres seit geraumer Zeit ständig bemüht, dessen Personalstand zu erhöhen. So wurde der Stand an Planstellen des Gendarmeriedienstes des Landesgendarmeriekommandos für Oberösterreich seit dem Jahre 1990 um 176 zusätzliche Planstellen (einschließlich von 42 Vertragsbediensteten des Grenzdienstes) vermehrt.

Im übrigen wurde dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht zuletzt durch die Struktur- und Dienstzeitreformen der Bundesgendarmerie Rechnung getragen, die beispielsweise zu einer verstärkten Außendienstpräsenz der Exekutive und einer starken Erhöhung der Sektorstreifen geführt haben. Auch auf diese Maßnahmen ist der Rückgang der polizeilichen Kriminalstatistik für 1993 in Oberösterreich um 3,5 Prozent zurückzuführen.

Frau 62